

Markus M. Mihm

Die Alterssicherung  
von Mitunternehmern und  
ihren Arbeitnehmer-Ehegatten  
über die Bildung  
von Pensionsrückstellungen  
in ertragsteuerlicher Sicht

J 51050

Juristische Gesamtbibliothek  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt



PETER LANG

Frankfurt am Main · Bern · New York · Paris

## I N H A L T S V E R Z E I C H N I S . . . . . I

## A B K Ö R Z U N G S V E R Z E I C H N I S . . . . . VII

1.	EINLEITUNG . . . . .	1
1.1.	Problemstellung und Abgrenzung des Themas . . . . .	1
1.2.	Gang der Untersuchung . . . . .	3
•		
2.	THEORETISCHE GRUNDLEGUNG . . . . .	5
2.1.	Begriffliche Erläuterungen . . . . .	5
2.1.1.	Zum Begriff der Alterssicherung . . . . .	5
2.1.1.1.	Allgemeines . . . . .	5
2.1.1.2.	Der sozialpolitische Hintergrund . . . . .	6
2.1.1.3.	Das "Drei-Säulen-Konzept" der Alterssicherung . . . . .	10
2.1.1.4.	Die betriebliche Alterssicherung im Ertragsteuerrecht . . . . .	13
2.1.2.	Zum Begriff des Mitunternehmers . . . . .	15
2.1.2.1.	Allgemeines . . . . .	15
2.1.2.2.	Die Kriterien der Mitunternehmereigenschaft . . . . .	18
2.1.2.3.	Die Unterscheidung Mitunternehmer - Einzelunternehmer . . . . .	21
2.1.2.4.	Die Unterscheidung Mitunternehmer - Arbeitnehmer . . . . .	23
2.1.2.5.	Die Unterscheidung Mitunternehmer - Gesellschafter . . . . .	29
2.1.3.	Zum Begriff der Rückstellungen, insbesondere zu dem der Pensionsrückstellungen . . . . .	31
2.1.3.1.	Allgemeines zu Rückstellungen . . . . .	31
2.1.3.2.	Der handelsrechtliche Rückstellungsbegriff . . . . .	34
2.1.3.3.	Der steuerrechtliche Rückstellungsbegriff . . . . .	36
2.1.3.4.	Das Maßgeblichkeitsprinzip . . . . .	36
2.1.3.5.	Allgemeines zu Pensionsrückstellungen . . . . .	37
2.1.3.6.	Pensionsrückstellungen in der Handelsbilanz . . . . .	42
2.1.3.7.	Pensionsrückstellungen in der Steuerbilanz . . . . .	45
2.2.	Grundzüge der Ertragsbesteuerung des Gewinns der Personenhandelsgesellschaft und der Sondervergütungen der Gesellschafter . . . . .	51
2.2.1.	Handelsrechtliche Vorbemerkungen . . . . .	51
2.2.2.	Die Regelung des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG und seine Auslegung in historischer Sicht . . . . .	52
2.2.2.1.	Die Bilanzbündeltheorie . . . . .	53

2.2.2.2.	Die Beitragstheorie .....	57
2.2.2.3.	Die Konsolidierungstheorie .....	61
2.2.2.4.	Die Strukturierungstheorie .....	65
2.2.2.5.	Die additive Gewinnermittlung .....	68
2.2.3.	Das Sonderbetriebsvermögen und die Sonderbilanzen der Gesellschafter .....	71
2.2.4.	Der Gewerbeertrag der Personenhandels- gesellschaft .....	77
3.	DIE ALTERSSICHERUNG DES MITUNTERNEHMERS ÜBER DIE BILDUNG VON PENSIONSRÜCK- STELLUNGEN .....	79
3.1.	Die Situation bei Anwendung der Bilanzbündeltheorie .....	79
3.1.1.	Die einkommensteuerliche Beurteilung .....	79
3.1.1.1.	Die Grundsätze der RFH-Rechtsprechung .....	79
3.1.1.2.	Die konkretisierende Übernahme der RFH-Rechtsprechung durch den BFH .....	85
3.1.2.	Die gewerbeertragsteuerliche Beurteilung .....	87
3.2.	Die Situation nach Abkehr von der Bilanz- bündeltheorie und den Grundsätzen der RFH-Rechtsprechung .....	91
3.2.1.	Die wachsende Kritik an der Bündelvorstellung und ihr Ersatz durch die Gesamtbetriebstheorie ...	91
3.2.2.	Hinweise auf eine sich anbahnende Ablehnung der Pensionsrückstellungsbildung .....	92
3.2.3.	Die Grundsatzentscheidung des BFH vom 16.2.1967 ...	94
3.2.4.	Die Diskussion der Entscheidung im Schrifttum ...	97
3.2.4.1.	Die Argumentation der Entscheidungsbefürworter ...	97
3.2.4.2.	Die Argumentation der Entscheidungsgegner .....	99
3.2.5.	Die Übernahme des Urteils durch die Finanz- verwaltung .....	104
3.2.6.	Die präzisierende Bestätigung der Grundsätze durch die nachfolgende BFH-Rechtsprechung .....	104
3.2.7.	Die Anerkennung von Pensionsrückstellungen in Sonderfällen .....	107
3.2.7.1.	Wechsel vom Arbeitnehmer- zum Gesellschafter- status .....	107
3.2.7.2.	Rechtsformwechsel des verpflichteten Unterneh- mens von der Kapital- zur Personengesellschaft ...	111
3.2.7.3.	Die GmbH & Co. KG .....	113

3.2.8.	Die strengere Beurteilung der Pensionszusagen bei Familienpersonengesellschaften .....	115
3.3.	Die Diskussion um die Zurechnung des steuerlichen Mehrgewinns aus der Nichtanerkennung der Pensionsrückstellung .....	118
3.3.1.	Die Verdeutlichung der Zurechnungsproblematik durch das BiRiLiG vom 19.12.1985 .....	118
3.3.2.	Die Argumentation für die Aktivierung in den Sonderbilanzen aller Gesellschafter .....	119
3.3.3.	Die Argumentation für die Aktivierung in der Sonderbilanz des begünstigten Gesellschafters ....	122
3.3.4.	Die Übertragung der dargestellten Grundsätze auf andere Durchführungswege der betrieblichen Alterssicherung des Mitunternehmers .....	127
3.4.	Das Aufleben der Rückstellungsdiskussion anlässlich zweier BFH-Entscheidungen zu Versorgungsleistungen an ausgeschiedene Mitunternehmer oder deren Rechtsnachfolger .....	129
3.4.1.	Zum Inhalt der Grundsatzentscheidung des BFH vom 24.11.1983 .....	129
3.4.2.	Die erwarteten steuerlichen Wirkungen des Urteils und seine Wertung im Schrifttum .....	132
3.4.3.	Nichtanwendungserlaß, Bestätigung der Grundsatzentscheidung und vorläufige Anerkennung durch die Finanzverwaltung .....	137
3.4.4.	Die gesetzliche Neuregelung in Form des § 15 Abs. 1 Satz 2 EStG, diesbezüglicher Verwaltungserlaß und Äußerungen im Schrifttum .....	139
3.4.5.	Folgerungen für die Themenproblematik .....	143
3.5.	Fazit .....	145
4.	<b>DIE ALTERSSICHERUNG DES ARBEITNEHMEREHEGATEN EINES BEHERRSCHENDEN MIT-UNTERNEHMERS ÜBER DIE BILDUNG VON PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN .....</b>	<b>147</b>
4.1.	Allgemeines .....	147
4.2.	Die steuerliche Nichtanerkennung eines Ehegatten-Arbeitsverhältnisses und der damit verbundenen Pensionszusage .....	149

4.3.	Die steuerliche Beachtung der Pensionszusage an den Arbeitnehmer-Ehegatten bei Erteilung im Rahmen eines steuerlich anzuerkennenden Arbeitsverhältnisses .....	151
4.3.1.	Der Beschluß des BVerfG vom 22.7.1970 und die nachfolgende BFH-Rechtsprechung .....	151
4.3.2.	Die Anforderungen an das Ehegatten-Arbeitsverhältnis im Überblick .....	152
4.3.3.	Die Anforderungen an die Pensionszusage .....	155
4.4.	Die Übertragung der dargestellten Grundsätze auf andere Durchführungswege der betrieblichen Alterssicherung des Arbeitnehmer-Ehegatten .....	163
4.5.	Fazit .....	165
5.	DIE ALTERSSICHERUNG DES BEHERRSCHENDEN GESELLSCHAFTER-GESCHÄFTSFÜHRERS EINER GMBH ÜBER DIE BILDUNG VON PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN .....	167
5.1.	Grundlegendes zur Besteuerung der GmbH und ihrer Gesellschafter .....	167
5.2.	Die Entwicklung der Rechtsprechung zur ertragsteuerlichen Anerkennung von Pensionsrückstellungen .....	170
5.3.	Die Prüfkriterien einer Pensionszusage: Ernsthaftigkeit, Angemessenheit und Nachzahlungsverbot .....	176
5.4.	Die Übertragung der dargestellten Grundsätze auf andere Durchführungswege der betrieblichen Alterssicherung des beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers .....	179
5.5.	Fazit .....	181
6.	DIE ALTERSSICHERUNG DES PERSÖNLICH HAFTENDEN GESELLSCHAFTERS EINER KGAA ÜBER DIE BILDUNG VON PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN .....	182
6.1.	Grundlegendes zur Besteuerung der KGaA und ihrer persönlich haftenden Gesellschafter .....	182
6.2.	Zur Frage der ertragsteuerlichen Anerkennung von Pensionsrückstellungen .....	188
6.3.	Fazit .....	192

7.	ARGUMENTATION ZUR VERDEUTLICHUNG DER UNHALTBARKEIT DER EINKOMMENSTEUERLICHEN NICHTANERKENNUNG VON PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN FÜR TÄTIGE MITUNTERNEHMER - ZUGLEICH EIN PLÄDOYER FÜR IHRE ANERKENNUNG .....	194
7.1.	Die Fehlsamkeit bzw. mangelnde Gültigkeit der Argumentation des BPH .....	194
7.1.1.	Die Pensionszusage entspricht nicht einer handelsrechtlichen Gewinnverteilungsabrede .....	194
7.1.2.	Äus § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG ergibt sich kein Abzugsverbot für Pensionsrückstellungen bei der steuerlichen Gewinnermittlung der Personengesellschaft .....	198
7.1.3.	Eine Unbeachtlichkeit des Zufluß- und des Imparitätsprinzips läßt sich nicht überzeugend begründen .....	202
7.1.4.	Die beabsichtigte Gleichstellung des Mitunternehmers mit dem "vergleichbaren" Einzelunternehmer ist nachdrücklich abzulehnen .....	212
7.1.5.	Auch die übrigen, eher am Rande vermerkten Ablehnungsgründe können nicht überzeugen .....	223
7.1.6.	Fazit .....	226
7.2.	Weitere Argumente für die einkommensteuerliche Anerkennung von Pensionsrückstellungen zugunsten tätiger Mitunternehmer .....	228
7.2.1.	Die gebotene Gleichbehandlung von (beherrschendem) Mitunternehmer, (beherrschendem) GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer und persönlich haftendem KGaA-Gesellschafter .....	228
7.2.2.	Der steigende Stellenwert der betrieblichen Altersvorsorge im Drei-Säulen-Konzept der Alterssicherung .....	237
7.2.3.	Die Stärkung der Investitionskraft der Personenhandelsgesellschaften .....	243
7.2.4.	Die Parallelen im europäischen Unternehmenssteuerrecht .....	244
7.2.5.	Ein Beitrag zur Rechtsklarheit, der aufwendige Vertragsgestaltungen zur Steuerausweichung vermeiden hilft .....	245
7.2.6.	Fazit .....	248

8.	DIE AUSWIRKUNG DER EINKOMMENSTEUER- LICHEN ANERKENNUNG DER PENSIONS-RÜCK- STELLUNGEN FÜR TÄTIGE MITUNTERNEHMER AUF DIE GEWERBEERTRAG-STEUER DER PERSONENHANDELSGESELLSCHAFT .....	250
9.	LÖSUNGSVORSCHLÄGE UND SCHLUSSBEMERKUNG ..	255
	LITERATURVERZEICHNIS .....	XI
	URTEILSREGISTER .....	XXXV